

die Seele, die bei der Geburt des Kindes in den kleinen Körper eintritt. Beim Sterben kehrt die Seele aus dem Körper des Toten zurück in den Blue Lake. Das ist ein in sich geschlossener Kreislauf zwischen dem Pueblo im Tal und dem Blue Lake. Das ist eine in sich ruhende Welt, die zwischen Leben und Tod, zwischen Tod und Leben ungefährdet aufbewahrt ist. Dem Kind erzählen die Alten, wo es herkommt, und der alt gewordene Mensch weiß, daß er zu seinem Anfang zurückkehren darf.

Zwanzig Meilen südlich von Taos liegt Picurís Pueblo. Wenn bei Sonnenuntergang ein Wolkenstreifen in der Nähe des letzten Tageslichts zu sehen ist, dann glauben sie, daß im Pueblo jemand sterben wird. Für die Gestorbenen wird ein Reiselied gesungen, das die Toten in den Sonnenuntergang geleiten soll. Die Seele geht mit der untergehenden Sonne in das Leben, in dem das Licht nicht aufhört (*John P. Harrington, Indian Tales from Picurís Pueblo, Santa Fe 1989, 78–81*).

Die warmen Bilder der indianischen Mythen steigen auf aus der Tiefe der Seele, und das unterscheidet Taos Pueblo und Picurís Pueblo von Crown Heights. Im Südwesten ist die Sprache des Todes lyrischer, ruhiger und gelassener. Sie bedarf nicht mehr des wollenden, denkenden und zielsetzenden Verstandes. Was vermag schon der formelschaffende Verstand, wenn er doch sterben muß? – so würden die Menschen in den Pueblos fragen. Der Vorzug der indianischen Mythen ist es, dem Tod mit ruhiger Gelassenheit zu begegnen. Was bedeutet noch das Sterben, wenn hinter dem Pueblo der Blue Lake wartet? Keine Angst vor dem Tod, denn jeden Abend gibt es einen neuen Sonnenuntergang.

Tod in Amerika – um dieses Thema ist es gegangen. Es lohnt sich, unvoreingenommen hinzugehen und zu beobachten. Dabei fällt immer etwas für uns Europäer, die wir ebenfalls mit dem Tod kämpfen, ab.

Hermann Vogt

Schatten wirtschaftlichen Erfolgs

Perus Präsident Fujimori hat eigene Vorstellungen von Demokratie

Die Situation in Peru ist durch zahlreiche Widersprüche gekennzeichnet. Einem Wirtschaftswachstum von fünf Prozent und einer auf zwölf Prozent gesenkten Inflationsrate stehen die weiterhin bedrückende Armut der Hälfte der Bevölkerung, die hohe Zahl Arbeitsloser und Unterbeschäftigter gegenüber. Auch die Menschenrechtslage in dem Andenstaat bleibt gespannt.

Nach seinem überraschend deutlichen Wahlsieg im April dieses Jahres wird Präsident *Alberto Fujimori* Peru ins nächste Jahrtausend führen. Zwar hatte der wegen seiner japanischen Abstammung „chino“ genannte Agraringenieur nach den Umfragen als Favorit gegolten, eine Zweidrittelmehrheit hatte ihm jedoch niemand zugetraut. Obwohl es zu einigen Unregelmäßigkeiten im Wahlprozeß gekommen ist und viele Stimmen für ungültig erklärt wurden, kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß Fujimori den Großteil der Bevölkerung hinter sich hat.

Bei der Analyse des Wahlergebnisses, das dem Wahlbündnis des Präsidenten auch eine deutliche Mehrheit im Parlament bescherte, wurde auf verschiedene Faktoren verwiesen. Zunächst kann Fujimori für sich reklamieren, daß es ihm mit seinem drakonischen Wirtschaftsprogramm in fünf Jahren gelungen ist, die peruanische Ökonomie zu stabilisieren. In Abstimmung mit den internationalen Finanzierungsinstitutionen hat er einen neuen ordnungspolitischen Rahmen geschaffen und tiefgreifende Reformen im öffentlichen Bereich in Angriff genommen.

Während die Inflation 1990 7600 Prozent erreichte, ist sie inzwischen auf jährlich 12 Prozent zurückgegangen (24 Prozent in 1994) und die Preise sind wieder berechenbar gewor-

den. Nachdem bereits 1993 ein beachtliches Wirtschaftswachstum von 6,5 Prozent erreicht wurde, beschleunigte es sich 1994 deutlich und gehörte mit 12,7 Prozent weltweit zu den höchsten Steigerungsraten. Auch für dieses Jahr wird mit einem hohen Wachstum von ca. 5 Prozent gerechnet. Zu berücksichtigen sind bei diesen beeindruckenden Zahlen aber die Rückgänge des Brutto-Inland-Produktes in den vorhergehenden Jahren, so daß das reale Pro-Kopf-Einkommen auf etwa ein Drittel des Wertes von 1985 gefallen ist. Hier wirkt sich auch aus, daß die Wirtschaftskrise und das angewandte Stabilisierungsprogramm zu einer starken Konzentration der Einkommen in den gehobenen und höchsten Einkommenschichten führten.

Ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent

Die Fortschritte bei der *Inflationsbekämpfung* sind im wesentlichen auf die restriktive Geld- und Fiskalpolitik der Regierung zurückzuführen. Ein Großteil der Erlöse aus der Privatisierung staatlicher Unternehmen (unter anderen Telefongesellschaft, Minen, Fischereibetriebe, Hütten) von

bisher ca. 3,4 Milliarden US-\$ wurde zunächst bei der Zentralbank deponiert.

Im Mai 1995 hat Peru die offiziellen Verhandlungen mit den kommerziellen Banken zur Regelung seiner Schulden, die nach peruanischen Angaben 6,6 Milliarden US-\$ betragen, begonnen. Der Andenstaat erhofft sich bei den ausstehenden Tilgungen einen Schuldennachlaß von etwa 50 Prozent. Offensichtlich bemüht sich Peru darum, seine Verhandlungsposition dadurch zu verbessern, daß es in großem Stil (2 Milliarden US-\$) seine Bankschulden, die zur Zeit mit 56 Prozent ihres Nennwerts notieren, auf den Sekundärmärkten aufkauft. Die Gesamtverschuldung belief sich Mitte 1994 auf 22,4 Milliarden US-\$; davon sind rund 900 Millionen DM Schulden aus deutschen Entwicklungshilfe-Krediten und etwa 400 Millionen DM Schulden bei deutschen Banken.

Ob die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung anhält erscheint ungewiß. Gegenwärtig wird eine breite Debatte über die Folgen des gestörten außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes geführt. Aufgrund des Abbaus von Handelsbeschränkungen und wegen der stark überbewerteten Landeswährung hatten die Importe zuletzt (1994) einen Überhang von 25 Prozent gegenüber den Exporten, mit steigender Tendenz. Vordergründig erinnert diese Konstellation an die Situation Mexikos vor der großen Wirtschaftskrise Anfang dieses Jahres.

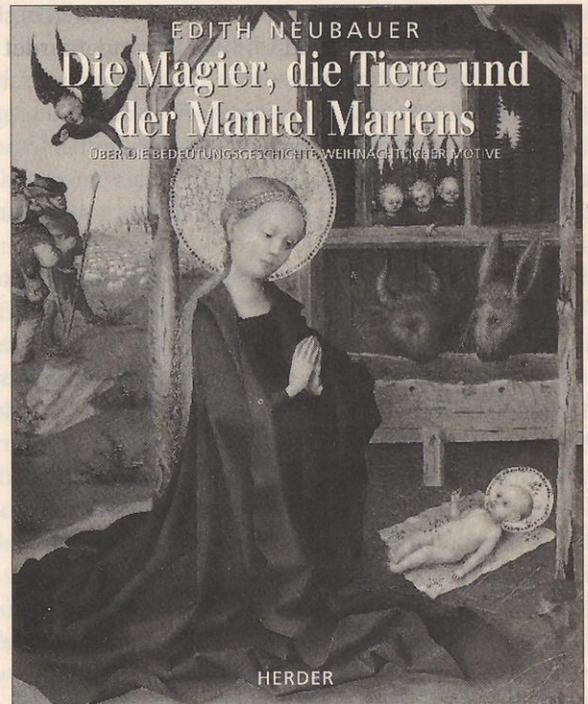
Jeder zweite Peruaner gilt als arm

Die wirtschaftspolitischen Erfolge haben aber auch ihre Schattenseiten, die eingeleiteten Reformen erfolgten praktisch ohne sozialpolitische Abfederung. In den mit schwerer Rezession verbundenen Anfangsjahren der wirtschaftspolitischen Korrekturen wanderten Hunderttausende hochqualifizierter Peruaner ins Ausland oder in die Schattenwirtschaft, den sogenannten informellen Sektor ab. Noch heute gelten 75 Prozent der arbeitsfähigen Peruaner als unterbeschäftigt. Im Vergleich zu 1979 beschäftigt die Industrie nur noch 63 Prozent, der Handel 56 Prozent und der Dienstleistungssektor 92 Prozent der damaligen Arbeitskräfte. Das Wachstum der letzten drei Jahre hat zu keiner Entspannung auf dem Arbeitsmarkt geführt.

Heute gilt aber auch jeder zweite Peruaner als arm bzw. extrem arm. Als „arm“ werden dabei diejenigen eingestuft, deren Einkommen nicht ausreicht, um sich zu ernähren, zu kleiden und um die sonstigen Grundbedürfnisse zu befriedigen. Etwa ein Viertel der peruanischen Gesamtbevölkerung von 22 Millionen verdient nicht einmal soviel, um genügend Lebensmittel zu kaufen.

Besonders betroffen von der Armut sind die ländlichen Regionen und die Kinder, von denen gegenwärtig 59 Prozent unter menschenunwürdigen Bedingungen aufwachsen. In Folge der prekären Umstände weist inzwischen die Hälfte der Erstkläßler *chronische Unterernährung* auf. In der Regel

Verblüffendes und Anregendes zum Fest der Feste



NEU

160 S. mit 70 farb. Abbildungen,
gebunden mit Schutzumschlag,
DM 68,- / öS 531,- / SFr 67.50
ISBN 3-451-23874-8

Warum wurde das Jesuskind in der Malerei auf einmal ohne Kleider dargestellt, woher kamen die Engel auf den Weihnachtsbildern, was bedeutet die Darstellung der Tiere? Dieses Buch klärt über den tieferen Symbolgehalt der Weihnachtsdarstellungen auf. Edith Neubauer erklärt anhand vieler Beispiele die Entwicklung der Motive im Gang durch die Jahrhunderte.

Ein prachtvoller Geschenkband für alle, die mehr über die Bilder von Weihnachten wissen wollen.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

bedeutet dies, daß sich die Intelligenz dieser Kinder nicht entfalten kann und sie mit bleibenden Schäden rechnen müssen. Eine Folge der zunehmenden Verarmung sind auch Gesundheitsprobleme, beispielsweise die Ausbreitung von Cholera und Tuberkulose, sowie die im regionalen Vergleich hohe Kinder- und Müttersterblichkeit. Hinzu kommen Defizite in der öffentlichen Gesundheitsversorgung und der Sanitärinfrastruktur. Aufgrund der stark gesunkenen staatlichen Sozialausgaben gibt es auch verstärkt Probleme im Bildungsbereich; dazu gehören eine schlechte Infrastruktur und Ausstattung sowie die geringe Qualifikation der unterbezahlten Lehrer.

Zur Linderung der Anpassungsfolgen der Wirtschaftspolitik wurde bereits 1990 ein sozialer Notfonds (FONCODES) eingerichtet. Dies änderte aber nichts daran, daß die staatlichen Sozialausgaben *drastisch beschnitten* wurden. Für seine zweite Amtszeit hat Präsident Fujimori angekündigt, daß er die Armut bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte ihres bisherigen Niveaus senken wolle. Dazu wäre eine deutliche Umkehr vom bisherigen Modell erforderlich, das zu einer Konzentration der Früchte des Wachstums bei den Bessergestellten geführt hat.

Da das Wirtschaftsmodell stark auf dem *Export von Primärprodukten* (besonders Mineralien) basiert – kaum neue Arbeitsplätze geschaffen werden –, käme dem Staat eine wichtige Rolle bei der Arbeitsbeschaffung zu. Diese stünde aber in Widerspruch zur bisherigen Ideologie. Ob allein mit dem staatlich geförderten Bau von Schulen, Straßen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen ein deutlicher Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen für die ärmsten Bevölkerungsschichten erreicht werden kann, darf bezweifelt werden.

Bauern wissen nicht mehr, was sie produzieren sollen

Zwar lebt inzwischen ohnehin die Mehrheit der Peruaner (70 Prozent) in den Städten, auf dem Land aber konzentriert sich die Armut. Zumindest in den abgelegenen Andentälern und im Amazonastiefland bestehen kaum Möglichkeiten, der Marginalisierung zu entinnen, es sei denn über temporäre oder endgültige Abwanderung in die Elendsviertel der Großstädte. Trotz eines durchschnittlichen Bevölkerungszuwachses von etwa zwei Prozent jährlich gibt es viele ländliche Regionen, die regelrecht entvölkert werden. Verstärkt wurde dieser Prozeß durch den Druck von seiten der Terrororganisationen, aber auch vom Militär, das frei schalten und walten wollte.

Normalerweise besteht eine hohe Abhängigkeit der ländlichen Bevölkerung von der Landwirtschaft und Viehzucht, die in der Regel von einer niedrigen Produktion, die eher für den Eigenkonsum bestimmt ist, und von niedriger Produktivität gekennzeichnet ist. Aufgrund der Abgeschiedenheit und der damit verbundenen hohen Transportkosten ergeben sich erhebliche Vermarktungsprobleme. Der Zuwachs an

Bevölkerung führt zu einem stetigen Druck auf die Böden und zu einer ständigen Verbreitung von Minifundien mit erodierten Böden.

Im Rahmen des neoliberalen Regierungsmodells hat sich der Staat aus dem Landwirtschaftssektor zurückgezogen: staatliche Kredite, Beratung und garantierte Abnahmepreise gibt es nicht mehr. Allerdings wurde in keiner Weise Ersatz geschaffen, so daß Kleinbauern nun fast generell vom Zugang zu Kredit ausgeschlossen sind, weil sie die für Bankkredite erforderlichen Garantien nicht aufbringen können. Da gleichzeitig die Zölle und Einfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aufgehoben wurden, strömen vielfach subventionierte Lebensmittel aus den USA oder der Europäischen Union nach Peru, mit deren Preisen die einheimischen Anbieter nicht konkurrieren können. Die peruanischen Bauern aber wissen nicht mehr, was sie produzieren sollen, ohne Verluste zu machen.

Eine peruanische Form der Demokratie?

Der offiziell propagierte Anbau von Produkten wie Spargel, Wintergemüse oder Blumen für den Export bietet nur für einige wenige Bauern mit besonders günstigen Bedingungen eine Alternative, zum Beispiel an der Küste. Die übrigen Bauern fragen sich, ob sie nach einer Phase der marginalen Partizipation unter den früheren Regierungen inzwischen vom Staat völlig vergessen wurden. Daher überrascht es nicht, daß Fujimori in den ländlichen Regionen die schlechtesten Wahlergebnisse erzielte, obwohl er zuletzt täglich übers Land flog und überall Schulen (teils mit Computern ausgestattet, aber in Siedlungen ohne Strom) und andere Gebäude einweihte.

Innenpolitisch hatte Fujimori vor den Wahlen auch einige Erfolge aufzuweisen. Im September 1992 konnte der legendäre Führer des „Leuchtenden Pfads“, *Abimael Guzman*, zusammen mit weiteren Mitgliedern dieser Terrororganisation festgenommen werden. Nach der Verhaftung der Führungsspitze ist die Anzahl der Anschläge stark zurückgegangen. In den vorhergehenden zehn Jahren sind schätzungsweise 25 000 Menschen bei den Auseinandersetzungen zwischen Militär, Polizei und den beiden Terrorgruppen (neben dem „Leuchtenden Pfad“ das „Movimiento Revolucionario Tupac Amara“), die durch Anschläge Schäden in Höhe von fast 20 Milliarden US-\$ verursacht hatten, ums Leben gekommen.

Die *Menschenrechtssituation* in Peru war und ist weiterhin besorgniserregend. Im Zuge der Terrorismusbekämpfung ist es zu schweren Übergriffen der staatlichen Ordnungskräfte gekommen. Jahrelang war Peru nach den UN-Statistiken das Land mit den meisten Fällen von sogenannten „Verschwundenen“. Kurz nach seiner Wiederwahl hat die dem Präsidenten ergebene Verfassungsgebende Versammlung in einer Nacht- und Nebelaktion eine *Amnestie* erlassen, die für alle Delikte gilt, die von staatlichen Repräsentanten im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung

fung begangen wurden („Verschwindenlassen“, Folter, Hinrichtungen etc.). Vorausgegangen war diesen Gesetzen zur Strafflosigkeit die Verurteilung von hohen Angehörigen des Militärs, denen ein Massaker an Studenten in Lima nachgewiesen werden konnte (vgl. HK, August 1995, 436 ff.).

Fujimori hat das Gesetz trotz einer Welle öffentlichen und internationalen Protestes umgehend unterzeichnet und in Kraft gesetzt. Dies hat ihn zwar erhebliche Sympathien gekostet, aber offensichtlich fühlte er sich unter starkem Druck. Eine Interpretation geht dahin, daß die Spitze des Militärs in das Massaker involviert war und befürchten mußte, daß weitere Untersuchungen, die nun unmöglich wurden, sie nicht unbehelligt lassen würden. Der Präsident, der seit Beginn seiner Amtszeit Mitte 1990 eng mit dem Militär zusammenarbeitet, habe seine Verbündeten schützen müssen. Es kursiert aber auch die Vermutung, daß Fujimori selbst von schweren Menschenrechtsverletzungen wußte oder diese sogar angeordnet hatte.

Daß das „Gesetz zur Strafflosigkeit“ nicht zu der angeblich angestrebten nationalen Versöhnung führen wird, ist kaum umstritten. Vielmehr wird das bereits vorher in der Bevölkerung weit verbreitete Mißtrauen in die Sicherheitskräfte und die Justiz noch verstärkt. Das Vorgehen läßt eher befürchten, daß Fujimori, die ihn unterstützenden Militärs und seine Mehrheit im Parlament weiter nicht an einem nationalen Interessenausgleich, an Rechtsstaat und Demokratie interessiert sind und statt dessen eher auf ein *diktatoriales* System setzen. In Peru spricht man davon, daß man nach dem Putsch vom April 1992 von der „dictablanda“ (weichen Diktatur) zur „democradura“ (harten Demokratie) gelangt sei. Fujimori selbst hat verkündet, er werde nach dem Ausschalten der traditionellen Parteien – die nach den letzten Wahlen praktisch keine Rolle mehr spielen und für die sich kein Ersatz abzeichnet –, ein eigenes peruanisches Modell schaffen, das offensichtlich eher an diktatoriale Mustern als an Vorstellungen westlicher Demokratien orientiert ist.

Ein umstrittenes bevölkerungspolitisches Gesetz

Während die traditionell organisierten Interessengruppen der zivilen Gesellschaft in Peru (Parteien, Gewerkschaften, Bauernverbände) entweder völlig verschwunden sind oder kaum noch Bedeutung haben, sind die Verbände der Wirtschaft und die katholische Kirche verblieben. Dabei fiel der Kirche die Rolle einer kritischen Mahnerin für die Belange der verarmten Bevölkerungsmehrheit zu. Im Erzbischof von Ayacucho, *Juan Luis Cipriani Thorne*, hatte Fujimori zwar einen Verteidiger seiner Politik in fast allen Belangen gefunden, aber sonst überwogen eher die Vorbehalte gegenüber der staatlichen Sozial- und Menschenrechtspolitik, auch in konservativen kirchlichen Kreisen und unter den Bischöfen.

Nach seiner Wiederwahl hielt es Fujimori offensichtlich für angebracht, das hohe Ansehen der katholischen Kirche un-

ter der Bevölkerung etwas zu mindern. Bei seiner Rede zum Amtsantritt im Juli sprach er davon, er wolle „Mythen und Tabus“ brechen, die mit dem Problem der *Bevölkerungsexplosion* verbunden sind. Innerhalb weniger Wochen hatte das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Sterilisation von Mann und Frau als Mittel der Familienplanung erlaubt. Nachdem die Kirche sich vorher bereits gegen Familienplanungsprogramme der Regierung gewandt hatte, bei denen unter anderem Kondome gratis verteilt werden, eskalierte die Konfrontation. Bischof Cipriani sah Peru schon in ein Bordell verwandelt; der Erzbischof von Lima, Kardinal *Augusto Vargas Alzamora*, verglich das Familienplanungsgesetz mit dem Todesurteil gegen Christus. Der Katholik Fujimori sprach mit Blick auf die Kirche von „Heiligen Kühen“.

Dabei hat der Präsident erreicht, was er wohl wollte: die Kirche insistierte beim Thema Geburtenplanung auf einer dogmatisch erscheinenden Position, die von der großen Bevölkerungsmehrheit nicht geteilt wird. Nach Meinungsumfragen befürworteten fast 80 Prozent der Peruaner die sogenannten künstlichen Methoden der Empfängnisverhütung und stehen damit bei dieser Debatte, die die Diskussion über das Amnestiegesetz in den Hintergrund treten ließ, mit großer Mehrheit hinter dem Präsidenten.

Anstatt sich auf eine Diskussion über Methoden der Empfängnisverhütung einzulassen, hätten die Bischöfe besser darauf verweisen sollen, daß weniger Geburten nicht die Armut beseitigen, sondern von Seiten der Regierung im Sozialbereich verstärkte Anstrengungen nötig sind. Aus der Debatte ist die Kirche dagegen als Verliererin hervorgegangen, denn Fujimori ist es gelungen, sie als Teil des Problems der „Überbevölkerung“ vorzuführen, das er mit seinem „neuen Peru“ überwinden will. Da nützt es dem Erscheinungsbild der Kirche auch wenig, wenn die Bischöfe in diesem Punkt anscheinend mit einer Stimme sprechen.

Viel weniger Aufmerksamkeit wird voraussichtlich eine Initiative der bischöflichen Sozialkommission CEAS und eines Zusammenschlusses evangelischer Kirchen finden: Mit dieser soll die Situation der in Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung unschuldigen Verurteilten ins öffentliche Bewußtsein gebracht werden. In Schnellverfahren, die grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechen, verurteilen anonyme Richter immer noch Angeklagte, denen kaum eine Chance zur Verteidigung bleibt. Vielfach reicht für eine Verurteilung aus, daß ein ehemaliges Mitglied des „Leuchtenden Pfades“ oder ein Angehöriger der Sicherheitskräfte jemanden beschuldigen, ohne weitere Beweismittel.

Obwohl inzwischen aufgrund der Unterstützung und rechtlichen Beratung durch kirchliche und private Organisationen viele Unschuldige wieder freikamen, schätzt man doch, daß noch Hunderte einsitzen, auch wenn viele Anhaltspunkte dafür sprechen, daß sie keine Gesetze verletzt haben. Der einmaligen ökumenischen Initiative ist viel Erfolg zu wünschen.

Eckhard Finsterer